

Landvertreibungen in Guatemala – ein totgeschwiegener Konflikt



PBI bei einem Besuch der Q'eqchi' Lajeb Kej-Gemeinschaft im April 2024. PBI Schweiz

In Guatemala sind indigene und bäuerliche Gemeinschaften nach wie vor von Landvertreibungen betroffen, insbesondere in den Bezirken Alta und Baja Verapaz. Im Jahr 2024 zählten die Union der Bauernorganisationen von Verapaz ([Unión Verapacense de Organizaciones Campesinas](#), UVOC) und das Komitee der Bauern des Altiplano ([Comité Campesino del Altiplano](#), CCDA) allein in dieser Region 68 Räumungsbefehle. Diese Übergriffe sind Teil einer langen Geschichte der Enteignung von indigenem Land, die durch die Ausbreitung von Monokulturen und Rohstoffprojekten noch verstärkt wird.

Grosse Ungleichheiten beim Zugang zu Land

Die ungleiche Landverteilung ist ein gravierendes strukturelles Problem und gilt als eine der Hauptursachen für Guatemalas bewaffneten Konflikt zwischen 1960 und 1996. Nur 2% der Landwirt:innen besitzen 65% des fruchtbarsten Ackerlandes und trotz des Friedensabkommens von 1996 hat sich die Situation weiter verschlechtert. Die Ausbreitung von Monokulturen wie zum Beispiel Bananen, Zucker, Palmöl oder Kaffee, sowie Bergbau- und

Wasserkraftprojekte haben Landvertreibungen von indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften verstärkt, da Platz für diese Projekte geschaffen wurde.

Gewaltsame und illegale Vertreibung

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IACHR) hat Zwangsräumungen verurteilt, die ohne vorherige Konsultation oder Ankündigung durchgeführt und häufig von Polizei- und Militärgewalt begleitet werden. Die Bevölkerung wird dabei kriminalisiert und der «Usurpation» oder der Verbindung zum Drogenhandel beschuldigt, um ihre Vertreibung zu legitimieren. Dies führt zur Zerstörung von Wohnraum, Vorräten und manchmal auch zum Verlust von Nutztieren. Die Vertriebenen haben weder die Möglichkeit, neue Unterkünfte zu finden, noch haben sie Zugang zu Rechtsmitteln.

Das PBI-Engagement an der Seite der Menschen

Angesichts dieser Gewalt begleitet Peace Brigades International (PBI) bäuerliche und indigene Gemeinschaften im Kampf um ihre Landrechte. PBI dokumentiert die Missbräuche und warnt internationale Instanzen wie die UNO vor den Gefahren für die Vertreter:innen dieser Gemeinschaften. Ein Beispiel für diese Krise ist die Gemeinschaft der Q'eqchi' Lajeb Kej: Ihre Angehörigen, die keine offiziellen Landtitel besitzen, das Land aber seit Generationen bewirtschaften, sind bewaffneten Überfällen und ständigen Drohungen ausgesetzt. Im Januar 2025 wurden die Familien trotz rechtlicher Einsprüche und internationaler Schutzbestimmungen gewaltsam vertrieben. PBI blieb mit der Gemeinschaft in Kontakt und setzte sich bei den Behörden für ihre Sicherheit ein.

Ein von den Medien und der internationalen Gemeinschaft unsichtbar gemachter Kampf

Trotz Warnungen lokaler und internationaler Organisationen bleibt der guatemaltekeische Staat angesichts dieser Übergriffe untätig. Eine Empfehlung der Vereinten Nationen zum Schutz indigener Gemeinschaften und zum Stopp von Vertreibungen wird weitgehend ignoriert. Solange das Landbesitzsystem die Aneignung von Land begünstigt, wird die Gewalt gegen die indigenen Völker weitergehen. Bei diesem Kampf geht es nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern auch um historische Anerkennung und die Rückgabe des geraubten Landes. Dennoch leisten die Gemeinschaften weiterhin Widerstand und verteidigen ihr Recht auf Land und Selbstbestimmung.

[Peace Brigades International \(PBI\)](#)

Simon Laufer

Assistent, Kommunikation & Fundraising

Links

- [Peace Brigades International Schweiz \(PBI\)](#)